



Budget 2027 - Investitionsplanung 2026 – 2030, Genehmigung

In der Planperiode 2026 – 2030 sind Investitionen in der Höhe von CHF 72,6 Mio. vorgesehen. Die Nettoinvestitionen im Finanzvermögen (Rendite-Immobilien) betragen CHF 11,6 Mio. Im Verwaltungsvermögen sind gesamthaft CHF 61,0 Mio. vorgesehen. Von diesen 61,0 Mio. entfallen CHF 47,5 Mio. auf den steuerfinanzierten Bereich. Die CHF 13,5 Mio. Nettoinvestitionen im gebührenfinanzierten Bereich teilen sich wie folgt auf:

Wasserversorgung	CHF 9,9 Mio.
Abwasserbeseitigung	CHF 3,5 Mio.
Abfallwirtschaft	CHF 0,1 Mio.

Im Vergleich zur Planung des Vorjahres sind die Gesamtinvestitionskosten nur sehr leicht angestiegen (Vorjahresplanung: CHF 72,1 Mio.). Was sich jedoch verändert hat, ist die Verteilung der Investitionen auf dem Zeitstrahl. Die Verwaltung geht heute davon aus, dass sich einige Investitionen von 2026 und 2027 etwas nach hinten verschieben. Es ist aber weiterhin absehbar, dass in den Jahren 2028 bis 2030 die Investitionslast sehr hoch sein wird. In den gebührenfinanzierten Bereichen ist die Verteilung der Investitionen hingegen sehr gleichmässig, was eine konstante Planung der Gebührenhöhe erlaubt.

Zuständiges Geschäftsfeld: Finanzen und Steuern

Flughafenkommission, Einsetzung neuer beratender Kommission

Die Gemeinde Rümlang ist aufgrund ihrer unmittelbaren Lage in der Flughafenregion stark von den Entwicklungen rund um den Flughafen Zürich betroffen. Dieser strategischen Bedeutung trägt der Gemeinderat Rechnung, indem er das Flughafendossier am 28. Juli 2026 politisch dem Gemeindepräsidenten zugeteilt hat. Neu wird zudem eine Flughafenkommission als beratende Kommission des Gemeinderates eingesetzt und dem Ressort Präsidiales zugeordnet. Um den zahlreichen Berührungspunkten und fachlichen Schnittstellen innerhalb der Gemeinde optimal Rechnung zu tragen, setzt sich die Kommission gezielt aus Fachpersonen verschiedener Geschäftsfelder zusammen.

Zuständiges Geschäftsfeld: Präsidiales

Stellenplanantrag Bau & Entwicklung (Bereich Tiefbau), Bewilligung

Die Entwicklung des Bereichs Tiefbau und Entsorgung und die daraus resultierenden Anforderungen haben sich in der letzten Zeit verändert und das Aufgabenvolumen wurde stark ausgeweitet: Neben den Kernaufgaben übernimmt der Bereich zusätzlich die Administration des

Bereichs Werke sowie die Gebührenadministration für Wasser, Abwasser und Kehricht. Die Aufgabenerfassung weist einen tatsächlichen Bedarf von durchschnittlich 270 (Spitzen bis 315) Stellenprozenten aus, während aktuell nur 180 Stellenprozente vorhanden sind.

Die anhaltende Überlastung führt bereits zu längeren Bearbeitungszeiten, Qualitätseinbussen und dem Risiko, wieder vermehrt teure externe Dienstleistungen beiziehen zu müssen. Gleichzeitig hat die bisherige Professionalisierung nachweislich finanzielle Vorteile gebracht.

Gestützt darauf beschliesst der Gemeinderat, den Stellenplan im Geschäftsfeld Bau und Entwicklung per 1. Januar 2027 um 100 Stellenprozent zu erhöhen. Die Lohnkosten von CHF 85'000.00 sind im Budget 2027 bereits als wiederkehrende Kosten eingestellt. Die neue Stelle gilt als leistungserhaltend (nicht leistungserweiternd) und fällt damit in die Kompetenz des Gemeinderates, ohne dass eine separate Ausgabenbewilligung erforderlich ist.

Zuständiges Geschäftsfeld: Stabstelle Personal

Stellenplanantrag Geschäftsfeld Bildung und Kind, Bewilligung

Die Schulverwaltung übernimmt als Drehscheibe zwischen Schulpflege, Schulleitung, Lehrpersonen, Erziehungsberechtigten und kantonalen Fachstellen zunehmend komplexere Aufgaben. Verantwortlich dafür sind unter anderem gesetzliche Vorgaben, die Digitalisierung, der Ausbau schulergänzender Angebote sowie steigende Erwartungen an Erreichbarkeit und Dienstleistungsqualität. Trotz bereits umgesetzter Optimierungsmassnahmen (Standardisierung, Priorisierung, Selbstbedienungsangebote) reichen die bestehenden personellen Ressourcen nicht mehr aus – der Mehraufwand beläuft sich auf rund 56 Stunden pro Monat, was einem zusätzlichen Bedarf von rund 30 Stellenprozenten entspricht. Ohne Aufstockung drohen Verzögerungen bei Fristen und Bearbeitung, ein erhöhtes Fehlerrisiko sowie eine zunehmende Belastung der Mitarbeitenden mit entsprechendem Ausfall- und Fluktuationsrisiko.

Gestützt darauf beschliesst der Gemeinderat, den Stellenplan im Geschäftsfeld Bildung und Kind, Bereich Schulverwaltung, per 1. Januar 2027 um 30 Stellenprozent zu erhöhen; der Bereich umfasst damit neu 370 Stellenprozent. Die Lohnkosten von CHF 30'470.00 sind im Budget 2027 bereits als wiederkehrende Kosten eingestellt. Auch diese Stelle gilt als leistungserhaltend.

Zuständiges Geschäftsfeld: Bildung und Kind